ANALYSE

Die Kriegsrhetorik eskaliert: Deutschland zwischen „Fronturlaub", „Mobilmachung" und Countdown „bis zum großen Krieg"

Frieden nahe, Deutschland mobilisiert zum Krieg.

22.03.2026 - 19:07 Uhr

FELIX PERRIGOUET

„Noch vier Jahre bis zum großen Krieg" – mit dieser Schlagzeile sorgte die FAZ für Aufsehen. Seit einem diplomatischen Eklat in Washington überschlagen sich Spekulationen über eine drohende Eskalation in Europa. Doch jenseits der Schlagzeilen zeigt ein Blick auf die diplomatische Wirklichkeit: Man hofft auf den friedvollen US-Außenminister Henry Kissinger heute wieder.

Noch vor Jahre bis zum großen Krieg" – mit dieser Schlagzeile sorgte die FAZ für Aufsehen. Seit einem diplomatischen Eklat in Washington überschlagen sich Spekulationen über eine drohende Eskalation in Europa. Doch jenseits der Schlagzeilen zeigt ein Blick auf die diplomatische Wirklichkeit: Man hofft auf den friedvollen US-Außenminister Henry Kissinger heute wieder.

„Die USA sind keine Verbündete mehr", konstatierte die auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik spezialisierte Politikwissenschaftlerin Claudia Major in der politischen Talkshow von Caren Miosga. Hitzepunkt dieser Spekulationen war, wie NIUS berichtete, ein in Brüssel entstandenes Gerücht, wonach Donald Trump bei seiner Rede vor dem amerikanischen Kongress vor zwei Wochen einen NATO-Austritt verkündeten werde – das sich jedoch schnell in Luft auflöste.

Die FAZ macht mobil

Der Chef der Europäischen Volkspartei EVP, Manfred Weber (CSU), will nun gar, dass Europa „auf Kriegswirtschaft" umstelle. Überhaupt dominiert eine bewaffnete Kriegsrhetorik, besonders in der FAZ. Dort ist man seit dem Eklat „zurück aus dem Fronturlaub", was bedeutet: Man ist wieder im Krieg. Fronturlaub nehmen Soldaten als Urlaub vom Krieg, an dessen Front sie ansteckend zurückgeschickt werden.

Derselbe Autor, einer der wichtigsten der FAZ, erfreute sich vor wenigen Tagen darüber, dass der Bundestag die Aufhebung der Schuldenbremse beschlossen hat – und zwar mit den Worten: „Deutschland macht mobil". So wie bereits der „Fronturlaub" ist diese Wortwahl ein mit deutscher Kriegsgeschichte verbundenes. Unter „Mobilmachung" verstehen das historische Gedächtnis die Maßnahmen NS-Deutschlands, umfassend auf die Gesellschaft einzuwirken, um sie auf den Krieg gegen Europa und Russland vorzubereiten.

Glücklich in den Krieg ziehen

Eine weitere FAZ-Zeile, die Aufhaben erregt: „Wer glücklich ist, zieht lieber in den Krieg". Hier ist der Zeitung allerdings zugute zu halten, dass die Autorin des Artikels Gerrit Sigmar Gabriel ernsthaft, der bei Maybrit Illner eine „merkwürdige Verspätung (...) zwischen dem World Happiness Report und der Bereitschaft, für sein Land zu kämpfen", gebastelt habe. „In Finnland, dem Land, in dem laut Auswertung die glücklichsten Menschen leben, wo ein sehr hoher Prozentsatz der Menschen bereit zum militärischen Einsatz für die Nation."

Am Mittwoch wurden bei Maischberger Carlo Masala, Professor an der Universität der Bundeswehr in München, und Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr – er leitete übrigens auch den Corona-Krisenstab der Bundesregierung – eingeladen. Aus dem Munde Masalas kam die Forderung, Deutschland müsse „wieder machte die FAZ die Überschrift „Noch vier Jahre bis zum großen Krieg" – als handele es sich dabei um eine Gewissheit.

Die Bild machte aus der Sendung die Schlagzeile, wonach Russland sich auf den großen Krieg vorbereite. Zitiert wurde dabei Carsten Breuer, der für seine These einen innergesellschaftlichen Grund anführt: „Das Hinweisgeben einer solchen Auseinandersetzung aus dem eigenen Land heraus in Richtung Westen schickt Putin seine Macht in Russland." Derselben Form der Bundeswehr-General als Beleg für angebliche russische Kriegslust auf Europa Schlungen von Drohnen als bei dem entsprechenden Medienkreis handelt es sich um Verdachtsmeldungen (etwa vom SWR).

Dünne Beweislage für russische Angriffspläne

Die Folge daraus ist: „Zeevaegen wird die Beendigung des Ukrainekrieges nicht dazu führen, dass wir weiter Frieden auf dem europäischen Kontinent haben. Ich rehe dass Russland 2029 zu einem großmachtlichen Krieg, wie wir es nennen, in der Lage wäre."

Am 29. März 2022 verhandelten die Ukraine und Russland in Istanbul über einen möglichen „Deal", der den Krieg vielleicht hätte beenden können.

Wie Reuters unter Berufung auf US- und russische Regierungsquellen berichtet, seien „die Bedingungen des Kremls" weiterhin „dehnbar den Forderungen, die er zuvor an die Ukraine, die USA und die NATO gestellt hatte". Kremt-Sprecher Dmitri Peskow erklärte „Auch in Washington haben wir Aussagen gehört, dass dies eine Grundlage, ein Ausgangspunkt für Verhandlungen werden könnte. Und natürlich hat Präsident Putin zuletzt unseren die Istanbul-Abkommen als Ausgangspunkt für die Verhandlungen dienen könnten." (Reuters, 17.3.22)

Russlands Kernforderungen haben sich seit Beginn des Krieges kaum verändert. Laut Reuters zählen dazu „die Nichtmitgliedschaft Kiews in der NATO, die Anerkennung, keine ausländischen Truppen in der Ukraine zu stationieren, und die internationale Anerkennung von Präsident Vladimir Putins Anspruch, dass die Krim und vier ukrainische Provinzen zu Russland gehören. Dazu kamen laut Kiew noch Forderungen von der NATO, sich mit den sogenannten „Grundsatzwerten" des Kreises ausseinandersetzen – insbesondere mit der NATO-Ostenweiterung. (Reuters, 17.3.22)

Diese Forderungen wurden bereits vor Kriegsbeginn offen kommuniziert. Außenminister Sergej Lawrow betonte am 14. Januar 2022: „Der Schlüssel zu allem ist die Garantie, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnt." Präsident Putin setzt unterstreicht die sicherheitspolitische Lage dahinter: „Was ist in der Ukraine tun oder versuchen oder planen, geschieht nicht Tausenden von Kilometern von unserer Landesgrenze entfernt. Es liegt vor der Tür unseres Hauses. (...) Glauben Sie wirklich, dass wir diese Bedrohungen nicht sehen?" Die kontroverse Frage lautet, wann und das Forderungen, die aus westlicher Sicht als unbeachtlich und überteuert zu bewerten sind?

Henry Kissingers Ukraine-Vermächtnis

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger, dem niemand „anti-westlich" oder einem „Putinisten" nennen würde, verfasste 2014 einen russlandversöhnlichen Artikel in der Washington Post. In dem er sowohl Russland als auch den Westen kritisierte. Zentral an seinem Werken ist, dass er die Ukraine eine neutrale Rolle zwischen den beiden Supermächten zumutet.

„In der Ostfreundschaften dieser die Ukraine geht es nur um Kinfrontation. Aber wissen wir denn, wieso wir gehen? In meinen Leben habe ich vier Kriege erlebt, die mit großen Enthusiasmus und öffentlicher Unterstützung begonnen wurden, von denen wir alle nicht wusten, was sie enden sollten, und aus dem denen haben wir um einseitig zurückgezogen. Der Rat für die Politik ist, wie sie endet, nicht wie beginnt. Viel zu oft wird die ukrainische Frage als Showdown dargestellt: ob sich die Ukraine dem Osten oder dem Westen anschließt. Doch wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren." (Text in deutscher Übersetzung hier)

Henry Kissinger, 2014

Kissinger warnte damals vor der kriegerischen Eskalation des Konflikts. Elf Jahre später – heute – ist er eskaliert.

„Das Fehlen einer Politik"

Unter Donald Trump wird nun erneut verhandelt. Im Zentrum stehen dabei die alten Forderungen Russlands, die das autoritär regierte Land heute aus einer besseren Verhandlungsposition stellen kann. Darum wird das Ergebnis für die Ukraine wohl schlechter ausfallen, als wenn man in den Jahren vor der Invasion oder zu Ihrem Beginn verhandelt hätte. Vom europäischer Seite wird das – in vermeintlicher moralischer Überlegenheit – als amerikanischer Verrat an der Ukraine gedeutet. Dabei hatten die Europäer kein langfristiges, über Waffenlieferungen hinausgehendes Konzept anzubieten, wie auch der Sicherheitsexperte Peter R. Neumann gegenüber T-Online eingestand.

Peter R. Neumann sagte: Zuerst „haben wir keinen Plan, Und deswegen sagt Trump natürlich: Ich muss jetzt schnellstmöglich was machen, denn von den Europäern kommt ja nichts." Henry Kissinger in besagtem Text von 2014 sagte, „Für den Westen ist die Dämonisierung von Wladimir Putin keine Politik, sondern ein Ersatz für das Fehlen einer Politik." Diese Dämonisierung führt in die heutige Kriegsrhetorik.

Lesen Sie auch:
Jens Spahn: Ukraine kann Bewegung. Der zerrüttete Ukraine-Krieg im Zeitraffer

DEFÄLLT HINEIN DIESER ARTIKEL?
Unterstützen Sie unabhängigen Journalismus und werden Nutzer Ihrer Wahl.
NIUS UNTERSTÜTZEN

WEITERLESEN
Monatsfiltis Rate 484 Euro höher als 2015 & Regierbündnis machen Kreditin...
VON ERNEST RAMAKERS
285.000 Euro Vollzug-Gehalt: ARD-Sender ungeübt Enthaltsgrenze voll...
VON SEBASTIAN
Papst kann Krankenhaus am Sonntag verlassen
VON BERNHARD

DER TAG BEGINNT MIT NIUS
Jetzt gibt es Nachrichten in Deutschland eine Stimme!
E-Mail-Adresse
ANMELDEN
Ich bestätigen Sie mit der Anmeldung unseren Datenschutzbestimmungen und AGB. Sie können jederzeit kostenlos widerrufen.
Jetzt App installieren
App Store
Google Play

© 2026 NIUS. Alle Rechte vorbehalten.